https://mail.gen-ethisches-netzwerk.de/node/2531

Gen-ethischer Informationsdienst

Bedarfsplanung statt Demografisierung

Kommentar

AutorIn
Diana Hummel

Über demografische Beobachtungen wie rückläufige Geburtenraten, sinkende Einwohnerzahlen oder die Zunahme des durchschnittlichen Alters einer Bevölkerung wird seit einigen Jahren - nicht nur in Deutschland - rege diskutiert und gestritten. Oft wird die Bevölkerungsentwicklung dabei mit Krisen- oder Katastrophenszenarien in Verbindung gebracht. Demografische Veränderungen erscheinen dann als Ursache für ökonomische, soziale oder ökologische Probleme - mit der Schlussfolgerung, dass entsprechende Anpassungen der Bevölkerungsentwicklung zwingend erforderlich seien.
Grundlage dieser Debatte sind in der Regel empirisch-statistische Daten und Szenarien der Bevölkerungswissenschaft. Sie definiert die zentralen Variablen - Geburten, Todesfälle und Wanderungen -, quantifiziert sie und setzt sie miteinander in Beziehung. Das so gewonnene umfangreiche Datenmaterial lässt sich in deskriptiven und prognostischen Modellen ordnen, verdichten, graphisch darstellen und öffentlich kommunizieren. Dieses demografische Wissen erscheint dann als fundiert, empirisch gesichert und objektiv - und dies, obwohl sich die gesellschaftliche Bedeutung, die diesen Daten zugeschrieben wird, immer wieder - je nach Weltbildern, politischer Verwendung und medialer Kommunikation - stark verändert. Ebenso variabel ist es, auf welche gesellschaftlichen Bereiche diese Daten bezogen werden: sei es auf die ökonomische Entwicklung und den Arbeitsmarkt, sei es auf politische Stabilität, Sozialsysteme, Ressourcennutzung oder Konsum und so weiter. Wenn die so beliebig herstellbaren Bezüge dann gar als kausales Verhältnis erscheinen - wie etwa die Vorstellung, dass die Ausbeutung natürlicher Ressourcen proportional mit der Größe und dem Wachstum einer Bevölkerung steige - kann man von einer Demografisierung gesellschaftlicher Probleme sprechen. Dabei gilt: Prinzipiell lässt sich jedes gesellschaftliche Problem mit demografischen Faktoren verbinden, und kann so zum Bevölkerungsproblem erklärt werden - seien es Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, eine gefährdete Alterssicherung, die Abwanderung aus bestimmten Städten und Regionen, anhaltende Armut oder ökologische Zerstörung in Ländern des Südens. Soziale, politische oder ökonomische Konflikte lassen sich so als demografisch bedingte „Sachzwänge“ verhandeln. Politisch mündet dies entweder in technokratische Steuerungsversuche, oder aber in Nicht-Handeln in Bezug auf das als demografisch erklärte Problem. Denn die Bevölkerungsdynamik gilt aufgrund ihrer inhärenten Trägheit und Langfristigkeit als schwer beeinflussbar.
Wozu können demografische Erhebungen und Prognosen dann überhaupt sinnvoll sein - ohne in eine „Demografisierung“ sozialer Probleme zu münden? Nur für einzelne konkrete Handlungsbereiche lässt sich feststellen, was an demografischen Veränderungen möglicherweise problematisch ist: Es ist nicht unerheblich, wie viele Menschen an einem konkreten Ort wohnen, die Verkehrssysteme nutzen, wie viele Menschen Schulen und Universitäten besuchen oder das Gesundheits- und Sozialsystem in Anspruch nehmen. Die Bevölkerungszahl oder einzelne Faktoren wie etwa der Altersaufbau sind aber keine sinnvollen Indikatoren, um die Qualität der verschiedenen Versorgungssysteme der Menschen mit elementaren Gütern

und Dienstleistungen zu beurteilen. Erforderlich ist deshalb eine veränderte Problemsicht und ein Wechsel der Blickrichtung: Statt der demografischen Entwicklung sollten die Organisationsformen und die Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Versorgungssysteme im Fokus von Forschung und Politik stehen - von der Wasser- und Energieversorgung über Ernährung, Mobilität, Bauen und Wohnen bis hin zu Bildung und Gesundheit, und zwar unter quantitativen und qualitativen Aspekten. Dazu wird sicherlich auch ein differenziertes Wissen über die gegenwärtige und zukünftige Anzahl der Menschen in einer Gesellschaft oder in einer Region benötigt, zum Beispiel für die Bildungsplanung, die Altersversorgung oder die Infrastrukturplanung. Doch entscheidend ist: Nicht die demografischen Veränderungen an sich sind problematisch, sondern vielmehr fehlende oder nicht hinreichend entwickelte Anpassungsfähigkeiten von Versorgungssystemen an demografische und andere soziale, ökonomische oder kulturelle Veränderungen. Überdies lässt sich eine „ideale“ Bevölkerungsgröße, -struktur und -verteilung weder auf allgemeiner Ebene noch im Hinblick auf konkrete soziale, ökonomische und ökologische Bedingungen bestimmen.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 217 vom April 2013
Seite 23